

Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 14.02.2006

Vorlage Nr. 06-F-02-0007

Deutsch als Schulhofsprache - freiwillige Vereinbarungen dienen der Integration und dem Schulerfolg

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2006 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gegenüber den Schulen in Wiesbaden freiwillige Vereinbarungen anzuregen, die die Schüler verpflichten, sich auf dem Schulgelände generell in deutscher Sprache zu verständigen.

Begründung:

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die erste Voraussetzung für den schulischen Erfolg aller Kinder, gleich welcher Nationalität. Denn nur ein Kind, das ausreichend Deutsch versteht und spricht, kann dem Unterricht folgen und sich an ihm beteiligen. Deshalb hat Hessen mit den Deutsch-Vorlaufkursen vor der Einschulung und Sprachangeboten für Eltern so großen Erfolg: Kinder und Eltern, die daran teilnehmen, gewinnen an Bildung und Selbstbewusstsein. Sprachförderung ist somit ein entscheidender Beitrag zur Integration.

Vor diesem Hintergrund ist es aber auch wichtig, dass Deutsch nicht nur im Unterricht, sondern auch während der unterrichtsfreien Zeit in der Schule und auf dem Schulgelände gesprochen wird. Denn das Beherrschen einer Sprache hängt sehr vom Gebrauch in alltäglichen Situationen ab. Deshalb haben Berliner Schulen, so die Herbert-Hoover-Realschule, eine freiwillige Vereinbarung getroffen, nach der auf dem Pausenhof bzw. in Pausen nur noch Deutsch gesprochen werden soll. Dies geschah nach einem breiten Abstimmungsprozess aller Beteiligten: Lehrer, Schüler und Eltern. Deren Erfahrungen damit sind sehr gut.

Von diesen sehr guten Erfahrungen sollten auch die Schulen in Wiesbaden profitieren.

Es geht um freiwillige Regelungen, die von Lehrern, Schüler und Eltern gemeinsam getragen werden mit dem Ziel, eine bessere Verständigung und Integration aller Nationalitäten in der Schule zu ermöglichen.

Beschluss Nr. 0002

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2006 betr.

Deutsch als Schulhof-Sprache

wird abgelehnt.

mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat VIII + Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister